

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Rückwärtsgewandte Stadtpolitik von CDUspd stoppen

**Gehen Sie am 21. Oktober zum Bürgerentscheid
und stimmen Sie mit „JA“**

Eigentlich sind Bürgermeister laut Amtseid verpflichtet, für das Gemeinwohl der Stadt und damit für die Bedürfnisse aller Einwohner zu arbeiten. Was wir gegenwärtig mit der Gewerbestrategie erleben, ist das genaue Gegenteil: Eine Klientelpolitik im Interesse einer kleinen Minderheit. Denn nur fünf Prozent von 1.300 befragten Rottenburger Betriebe möchten gern mehr Gewerbefläche. Doch nicht nur das.

Die Rathauspitze und CDUspd tun so, als würde Rottenburg zu einer „leblosen Schlafstadthülle“ (Bürgermeister-Pendler Bednarz) entarten, wenn nicht neue Betriebe kommen und 35 Hektar Ackerfläche unwiederbringlich vernichtet werden. Wild behaupten die CDU-Ortsvorsteher Beser (vormalig) und Baur (Ergenzingen), die Kernstadt müsse aus Gerechtigkeit endlich mehr Gewerbeflächen anbieten. Dabei umfassen allein Sieben Linden I und II über 61 Hektar Gewerbefläche. Hinzu kommt Gewerbe mit Supermärkten wie Kaufland am Bahnhof, Edeka, Aldi, DM (Graf-Wolfegg-Straße) in Mischgebieten.

Das Schlafstadt-Bild geht völlig an Rottenburgs Entwicklung in den letzten Jahrzehnten vorbei und vernichtet alle Ideen und Chancen für eine zukunfts-gewandte Entwicklung unserer Stadt.

Nicht zufällig haben Industriebetriebe wie Fouquet, Rolu und Elsässer mit einigen tausend Beschäftigten dicht gemacht oder wurden aufgekauft und verkleinert wie Hüller. Nicht zufällig konnte die Stadt sieben Jahre lang keine Betriebe für die 8,4 Hektar auf dem DHL-Gelände gewinnen.

Rottenburg hat sich längst zu einem Bildungs- und Dienstleistungszentrum für die Region entwickelt. Vier Gymnasien und zwei Hochschulen beweisen

dies. In den Bereichen Bildung (Kitas, Schulen), Betreuung (Pflege) und Dienstleister (Internet) gibt es seit 2011 die meisten neuen Beschäftigten (etwa 1.300), nicht im produzierenden Gewerbe (68). Soweit es im produzierenden Gewerbe neue Beschäftigte gab,

waren es vor allem schlecht bezahlte Minijobber mit befristeten Verträgen bei Logistikunternehmen wie in Ergenzingen. Zu behaupten, dass dort die meiste Gewerbesteuer entstünde, ist eine reine Erfindung, weil es darüber keine offiziellen Zahlen gibt. Und zu behaupten, die Beschäftigten in der Dienstleistung seien

Angehörige einer Schlafstadt, ist pure Beleidigung!

Der Flächenfraß geht auf Kosten der Natur, der Bauern und der Lebensqualität aller Bewohner. Denn mehr Gewerbe produziert mehr Verkehr, mehr

STIMMEN SIE MIT



Lesen Sie weiter:

Stuttgart 21 - Durchbruch zum Umstieg Seite 3

Kinderarmut noch größer Seite 6

Rottenburger Umwelt-Rätsel Seite 7

Wir. Dienen. Deutschland. Seite 10

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Lärm, es schadet unserer Gesundheit!

Mit dieser rückwärtsgewandten Politik von CDUspd muss Schluss sein!

Eine positive Stadtpolitik hat die Lebensqualität aller Bewohner, ihrer Kinder und der künftigen Generationen in den Mittelpunkt zu stellen.

Sichere und anständig bezahlte Arbeitsplätze entstehen in der Kindererziehung, in der Bildung und Ausbildung (durch überregionale Ausbildungszentren und Hochschulen), in der

Pflege, bei innovativen Dienstleistern, die kaum Gewerbeflächen brauchen.

Der Tourismus kann von der wunderschönen Stadt und ihrer Umgebung (Rammert und Neckartal) profitieren.



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

**Stimmen Sie deshalb
am 21. Oktober
beim Bürgerentscheid
mit**



**Für eine offene und freie Gesellschaft –
Solidarität statt Ausgrenzung!**

Es findet eine dramatische politische Verschiebung statt: Rassismus und Menschenverachtung werden gesellschaftsfähig. Was gestern noch undenkbar war und als unsagbar galt, ist kurz darauf Realität. Humanität und Menschenrechte, Religionsfreiheit und Rechtsstaat werden offen angegriffen. Es ist ein Angriff, der uns allen gilt.

Wir lassen nicht zu, dass Sozialstaat, Flucht und Migration gegeneinander ausgespielt werden. Wir halten dagegen, wenn Grund- und Freiheitsrechte weiter eingeschränkt werden sollen.

Das Sterben von Menschen auf der Flucht nach Europa darf nicht Teil unserer Normalität werden. Europa ist von einer nationalistischen Stimmung der Entsolidarisierung und Ausgrenzung erfasst. Kritik an diesen unmenschlichen Verhältnissen wird gezielt als realitätsfremd diffamiert.

Während der Staat sogenannte Sicherheitsgesetze verschärft, die Überwachung ausbaut und so Stärke markiert, ist das Sozialsystem von Schwäche gekennzeichnet: Millionen leiden darunter, dass viel zu wenig investiert wird, etwa in Pflege, Gesundheit, Kinderbetreuung und Bildung. Unzählige Menschen werden jährlich aus ihren Wohnungen vertrieben. Die Umverteilung von unten nach oben wurde seit der Agenda 2010 massiv vorangetrieben. Steuerlich begünstigte Milliarden-

gewinne der Wirtschaft stehen einem der größten Niedriglohnsektoren Europas und der Verarmung benachteiligter Menschen gegenüber.

Nicht mit uns – Wir halten dagegen!



Wir treten für eine offene und solidarische Gesellschaft ein, in der Menschenrechte unteilbar, in der vielfältige und selbstbestimmte Lebensentwürfe selbstverständlich sind. Wir stellen uns gegen jegliche Form von Diskriminierung und Hetze. Gemeinsam treten wir antimuslimischem Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Antifeminismus und LGBTIQ*- Feindlichkeit entschieden entgegen.

Wir sind jetzt schon viele, die sich einsetzen:

Ob an den Außengrenzen Europas, ob vor Ort in Organisationen von Geflüchteten und in Willkommensinitiativen, ob in queer-feministischen,

antirassistischen Bewegungen, in Migrant*innenorganisationen, in Gewerkschaften, in Verbänden, NGOs, Religionsgemeinschaften, Vereinen und Nachbarschaften, ob in dem Engagement gegen Wohnungsnot, Verdrängung, Pflegenotstand, gegen Überwachung und Gesetzesverschärfungen oder gegen die Entrechtung von Geflüchteten – an vielen Orten sind Menschen aktiv, die sich zur Wehr setzen gegen Diskriminierung, Kriminalisierung und Ausgrenzung.

Gemeinsam werden wir die solidarische Gesellschaft sichtbar machen! Am 13. Oktober wird von Berlin ein klares Signal ausgehen.

(#unteilbar Für eine offene und freie Gesellschaft – Solidarität statt Ausgrenzung Demonstration: 13. Oktober 2018 – 13:00 Uhr Berlin)

- **Für ein Europa der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit!**
- **Für ein solidarisches und soziales Miteinander statt Ausgrenzung und Rassismus!**
- **Für das Recht auf Schutz und Asyl – Gegen die Abschottung Europas!**
- **Für eine freie und vielfältige Gesellschaft!**

Solidarität kennt keine Grenzen!

Stuttgart 21 – Durchbruch zum Umstieg

„Der TOTENTANZ“ – er kommt wohl bald.

Am 17. Juli kam es wieder einmal zu einem Tunneldurchbruch, diesmal war es der Tunnel zwischen Tiefbahnhof und Feuerbach. Den Demonstranten gelang es jedoch, direkt über dem Tunnelmund zu stehen und die sich darunter befindliche „Festgesellschaft“ nachhaltig zu stören.

Auch Peter Främke, Rentner mit Demonstrationshintergrund, war wieder dabei. Teile des nachfolgenden Textes, einschließlich der großartigen Verse, stammen von ihm, welche wir hier mit dessen freundlicher Genehmigung wiedergeben dürfen.

„Die Speisung der 5000“ kennt jeder aus der Bibel – aber immerhin 700 Personen(!) waren es auch in Stuttgart, als die Kirche wieder einmal „segnend“ die kostenlose Speisung und Tränkung aus Steuergeldern begleitete, weil ein „Tunnel-Durchschlag“ vorgeführt wurde und ein „Bahnchef Lutz“ dazu aus Berlin angereist war.

Leider hat dieser Bahnchef in seiner Rede vergessen, den grünen **Verkehrsminister Winfried Hermann** aus Baden-Württemberg zu zitieren, der im Juni 2018 endlich die Wahrheit sagte:

„Stuttgart 21 ist die größte Fehlentscheidung der Eisenbahngeschichte!“

Die Wahrheiten über die S21-Fehlentscheidungen kamen aber von OBEN, denn das „Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21“ hat mit einer kraftvollen und lautstarken Demonstration ÜBER dem „Gäste-Feier-Loch“ mit überzeugenden Reden von **Stadtrat Hannes Rockenbach** und dem **Bündnissprecher Eisenhart von Loeper** auch den 700 unüberhörbar erklärt, dass der **UMSTIEG** auf einen modernisierten Kopfbahnhof die einzig sinnvolle und sparsame Alternative ist.

Die Kirche segnete das LOCH,
obwohl ein JEDER wusste doch:
Statt DURCHbruch in die neue Zeit
Schon wieder RECHTSbruch macht
sich breit.

Versammelt vor dem TUNNELMUND
die SIEBENHUNDERT – kunterbunt,
die wieder einmal KOSTENLOS
sich fühlen WICHTIG – und ganz groß.



Gar „finster“ schwört der BAHN-CHEF Lutz:

„Gebaut wird der VERNUNFT zum Trutz.“

...und „Master-of-Desaster“ KUHN lässt nie die VOLKSabstimmung ruh'n. Doch HOCH von OBEN hört man auch Die WAHRHEIT laut von ROCKEN-BAUCH –

Und EISENHART erklärt empört, dass mancher in den KNAST gehört.

Viel GEGNER sich versammelt haben

–
das Motto heißt: „WIR sind geladen!“
Und dann als MAHNUNG laut erschallt
„Der TOTENTANZ“ – er kommt wohl bald.

Hoch droben auf dem WEINBERG steckt,
das HÄUSLE, wo man ausgeheckt,
das böse Treiben für PROFIT,
das IMMER noch die Kreise zieht.

Doch wieder einmal wird es KLAR:
Was BÖSE schon am ANFANG war,
das endet in der FINSTERNIS –
denn LICHT nur bei dem UMSTIEG ist!

Mit dem im Gedicht genannten HÄUSLE hat es eine ganz besondere Bewandnis: Politik wird nämlich nicht nur im Landtag, sondern auch in diesem „Weinberghäuschen“ gemacht. Die Treffen dort erklären, warum süddeutsche Medien so lange so freundlich über Stuttgart 21 berichteten.

Dort saßen jene, die es geschafft hätten, dass das Bahnprojekt Stuttgart 21

„zu einer Metapher für eine kalt-schnäuzige Cliquenwirtschaft“ geworden ist. Und wer dort sitzt, der bestimmt, wo es im Ländle längs geht:

„Wir können alles. Filz, Korruption & Kumpanei im Musterländle.“ So jedenfalls Josef-Otto Freudenreich, ehemaliger Chefredakteur der Stuttgarter Zeitung und einer der Autoren des Buches „Die Tauschspieler - verraten und verkauft in Deutschland“.

Bereits Mitte der neunziger Jahre, in Baden-Württemberg regierte eine Große Koalition, wurde deren politische Führung ins „Weinberghäuschen“ gebeten. Dort trafen die Chefs von CDU und SPD auf einflussreiche Wirtschafts-bosse, Banker und Politiker. Neben Ministerpräsident Erwin Teufel waren auch die Chefredakteure einiger großer Zeitungen präsent.

Aber auch andere wichtige Persönlichkeiten, die das Projekt vorantrieben, gingen dort ein und aus, wie z. B. die ehemaligen Ministerpräsidenten Lothar Späth und Günther Oettinger, aber auch der damalige Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann.

Andere, die an einflussreichen Positionen Geschäfte machten, waren Bahnchef Rüdiger Grube beim Daimler-Konzern, sein Amtsvorgänger Hartmut Mehdorn, aber auch Tunnelbohrmaschinenhersteller Martin Herrenknecht sowie Motorsägenhersteller Hans-Peter Stihl, mit dessen Sägen der Schlossgarten abgeholzt wurde, um nur einige Beispiele zu nennen. Denn alle waren sich einig:

„Wir stehen hinter Stuttgart 21.“

Wir aber stehen hinter dem Alternativprojekt „Umstieg 21“, weshalb wir auch weiterhin

OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

**DIE LINKE Kreisverband Tübingen und Heike Hänsel,
MdB laden herzlich ein:**

SOMMERFest der Linken

Dieses Jahr möchten wir den Fokus auf die Kommunalpolitik
legen und dürfen die folgenden Gäste willkommen heißen:

**Jessica Tatti, Stadträtin in Reutlingen von 2014 bis
2017, seit 2017 Bundestagsabgeordnete der LINKEN.
Sprecherin der Fraktion für Arbeit 4.0 und Mitglied
im Ausschuss für Arbeit und Soziales.**

**Mit Musik von: Katia Vargas, Carlos Valen-
zuela & Martin Schäfer (lateinamerikanische
Lieder für klassische Gitarre)**

Rüdiger Weckmann, seit 2017 Stadtrat in Reutlingen

Weitere Beiträge wird es von der Tübinger Bundestagsabge-
ordneten Heike Hänsel, vom Kreisvorstand der LINKEN, sowie
Kommunalpolitiker_innen, wie Gerlinde
Strasdeit geben.

**Essen und Getränke gegen
Spende**

15.09.

**Samstag,
16 Uhr,
in der
Pfleghofstraße
Tübingen**

**Kommunalpolitik
zum Mitmachen**

DIE LINKE.



DANKE!

DIE LINKE, Rottenburg dankt den vielen UnterstützerInnen, die die Sonderausgabe von „Neues aus dem Neckartal“ zum Bürgerentscheid in großer Auflage finanziell ermöglicht und die Verteilung in den Teilorten engagiert getragen haben! DANKE!

Kinderarmut noch größer

Gebührenfreiheit und Befreiung von allen Nebenkosten

Im September wird Heike Kächele (Kulturamt) im Auftrag von OB Neher Vorschläge veröffentlichen, wie Rottenburg endlich zu einer „sozialen Stadt“ wird. Jahrelang hat die Stadt die Kita-Gebühren erhöht, Erzieherinnen nicht leistungsgerecht bezahlt und den Einstieg in eine Gebührenfreiheit (vor allem für Alleinerziehende) abgelehnt.

Kürzlich haben die Caritas der Diözese Rottenburg-Stuttgart und die Bertelsmann-Stiftung konkrete Vorschläge für die Kommunen gemacht wie kostenlose Schülerbeförderung, Streichung des Eigenanteils beim Schulesen und bei Bastelmaterialien. Denn: „358.000 arme Kinder im Musterländle sind ein Skandal.“

Jetzt sind wir gespannt, welche Konsequenzen die Stadt aus den neuesten Studien des Deutsche Kinderschutzbund (DKSB) zieht. Der DKSB hat neue Zahlen zur Kinderarmut in Deutschland vorgelegt. Sie sind erschütternd und lassen sich nicht mehr leugnen. Bisher sind Bundesregierung und Bundesanstalt für Arbeit von knapp zwei Millionen Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren ausgegangen, die in Armut aufwachsen.

Schon das ist für das viertreichste Land der Welt ein Armutszeugnis für die verantwortlichen Politiker. Jetzt hat der DKSB eine „Dunkelziffer“ von 1,4 Mio. Kindern festgestellt, die gar nicht erst gezählt werden. Die Gründe: Viele Eltern rufen mögliche Leistungen nicht ab, weil sie sich schämen oder mit dem „Dschungel der Leistungen“ schlicht nicht zurechtkommen. Damit entfallen aber gleichzeitig alle Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT), das 2011 eingeführt werden musste, weil Hartz IV verfassungswidrig ist und keinen Cent für Bildung der Kinder vorsah. Seitdem ist dieses Feigenblatt verdorrt, seit 2011 wurde der Betrag nicht erhöht! Hinzu kommt: Die Hälfte der betroffenen Erwachsenen nimmt die „aufstockenden Leistun-

gen“ (SGB II) nicht in Anspruch. Allein das betrifft über 850.000 Kinder zusätzlich.

Wie stark die Kinderarmut zugenommen hat, wird auch an der steigenden Zahl von Kindern deutlich, die jährlich 100 Euro (!) als Unterstützung für den Schulbesuch erhalten. Bundesweit Spitze ist Nordrhein-Westfalen mit 300.000 Schulkindern, selbst in Baden-Württemberg sind es über 89.000. Nicht nur dieser jämmerliche Pauschalbetrag muss angehoben werden.



DIE LINKE unterstützt die Forderung des DKSB und weiterer 13 Wohlfahrtsorganisationen nach einer einfachen und unbürokratischen Kindergrundsicherung, damit soziale Spaltung und Ausgrenzung von Kindern in unserem Land endlich wirksam bekämpft werden.

(Fakultativ bei zu vielen Lücken ein wieder gefundener Leserbrief von mir im Schwäb. Tagblatt von 1995):

In Bonn beschließen CDU und FDP, dass schwangeren Frauen bei einem Krankheitstag der Lohn gekürzt wird, das dringend benötigte Kindergeld nicht erhöht und der soziale Wohnungsbau halbiert wird. Aber den Superreichen spendieren sie aus leeren Staatskassen neuen Milliarden Mark Vermögenssteuer – in unserem Ländle zirka 1,5 Milliarden Mark. In Stuttgart diktiert Dreifachverdiener Mayer-Vorfelder (Monatsgehalt mindestens 30.000 Mark aus Ministergehalt plus Abgeordneten-

diäten plus Aufsichtsratsgeldern) dem Kabinett, das Familien die Schülerfahrkarten selbst bezahlen müssen.

So leset denn, Ihr Herren Pfeilsticker, Repnik, Grotz und Sympathisanten, was mir der Volksmund aufgetragen, Euch über die Scherben Eurer Familienpolitik ins Stammbuch zu schreiben:

Raubritter der Zukunft

Wohlgenährt

*Beschließt Ihr einmütig
Eure nächste Diätenerhöhung
Und bedauert regierungsamtlich
Armut und Kriminalität nehmen zu
Verantwortung und Gewissen
Vergrabt ihr tief unter Sachzwängen
und
Kabinettsbeschlüssen
Den Fortschritt liebend
Sendet Ihr Dividenden per Telebanking
In die nächste Steueroase*

Sonntags

*Betet Ihr den Dax an
Schon wieder um 30 Punkte gestiegen
Wie euer Blutdruck und
Die Zahl der Arbeitslosen
Den Sinn von Christlich und
Demokratisch zermalmt ihr im Mund
Wie einen Kaugummi ohne Zucker
Der Diät und des Mundgeruchs
Wegen.*

*Was ist Euch noch die
Zukunft unserer Kinder wert
Wenn Ihr mit Sprachhülsen
Die Erinnerung einhüllt
Das Denken den Wölfen ausliefert
Und Utopien für Menschlichkeit
Verbannt wie einst Bücher verbrannt.*

Was hat sich seit 1995 geändert?



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Hausgemachter Unterrichtsausfall

Der „schlanke“ Staat hat versagt

Für viele SchülerInnen beginnt das neue Schuljahr mit Unterrichtsausfall. Besonders in den Grundschulen, wo die Grundlagen für weiteres Lernen gelegt werden, fehlen etwa 500 Lehrkräfte. Eine Ursache sind systematischer Selbstbetrug des Stuttgarter Kultusministeriums beim Unterrichtsausfall in den einzelnen Schularten.

Jahrelang hat es nur Stichproben über den Ausfall erhoben und damit die Zahl der notwendigen Vertretungskräfte heruntergerechnet, die Zahl der ständigen Lehrerreserve auf 1.666 Stellen gekürzt.

Im Juni hat der Landeselternverband die erste umfassende Erhebung über Unterrichtsausfall durchgeführt – mit erschreckenden Ergebnissen. Ihr Chef Carsten Rees spricht davon, dass das achtjährige Gymnasium inzwischen zu

einem siebenjährigen geworden ist. Denn dort fallen nicht nur 6,6 Prozent ganz aus, sondern es werden weitere 6,1 Prozent durch Vertretungen „überbrückt“.

An den beruflichen Schulen - von Hermann Sambeth (CDU) als „stabile Säulen im Bildungssystem“ bezeichnet - sind es 6,0 Prozent, an Realschulen 4,3 Prozent.

Zweite Ursache ist die Entlassung von 3.300 angestellten Lehrkräften zu Beginn der Sommerferien in die Arbeitslosigkeit. Damit will die Landesregierung 12,5 Mio. Euro „einsparen“. Bundesweit liegt das Musterlände damit an der Spitze und wird sogar von Volker Kauder (Vorsitzender der CDU/CSU Bundestagsfraktion) gerügt:

„Wer sich so verhält, darf sich nicht wundern, wenn die Lehrkräfte im

September dann nicht mehr zur Verfügung stehen.“

Nach Berechnungen der Bertelsmann-Stiftung fehlen in den kommenden Jahren etwa 35.000 Grundschullehrkräfte, in Berlin besitzt nur noch ein Drittel der neu eingestellten Lehrkräfte eine pädagogische Ausbildung, alles andere sind „Quereinsteiger“.

Bei uns müssen nicht nur die Krankheitsreserve drastisch erhöht werden, sondern auch die Ausbildungsplätze. Sonst werben sich die Bundesländer die Lehrkräfte gegenseitig ab, zum Schaden der Kinder und Eltern. Die Eltern sollten genau Buch führen über den Unterrichtsausfall ihrer Kinder. Die neoliberale Politik des „schlanken Staates“ hat endgültig versagt!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Gegen Flächenfraß

Bürgerinitiativen vernetzen sich erfolgreich

Mitte August trafen sich in Horb rund 40 Mitglieder aus fünf Bürgerinitiativen, um sich gegenseitig vorzustellen, ihre Erfahrungen auszutauschen und eine gemeinsame Plattform gegenüber der Landesregierung abzustimmen. Initiatoren des Treffens waren das Aktionsbündnis gegen das Gewerbegebiet Galgenfeld und die Horber BI „Hau und Holzwiese“, die gegen die Zerstörung von 18 Hektar Wald kämpft – dort will Norma ein Auslieferungslager errichten.

Mit allen Mitteln betreiben willfährige Kommunalpolitiker im Land eine „angebotsorientierte“ Gewerbepolitik, will heißen: Ohne konkrete und verbindliche Nachfrage von Betrieben weisen sie Gewerbeflächen aus mit dem Versprechen, mehr Arbeitsplätze und Steuereinnahmen zu schaffen.

Deshalb soll in Wimsheim (Enzkreis) eine neue Silber- und Goldschmiede

errichtet werden. Die Kommune engagierte extra Anwälte, um einen Bürgerentscheid zu verhindern. Genau 4,9 Hektar Wald wurden gerodet, so Andre



Martin von der BI: „Ab fünf Hektar hätte man eine Umweltverträglichkeitsprüfung machen müssen! Als wir eine Demonstration im Gemeinderat gemacht haben, ließ der Bürgermeister die Polizei rufen und die Bürger räumen.“ Erst eine aufwändige Normenkontrollklage kippte den Bebauungsplan!

Im Bölgental (an der A6 bei Kirchberg) soll im wunderschönen Jagsttal ein Steinbruch zum Abbau von Muschelkalk entstehen. Dort hat die Bürgerinitiative ihren Bürgerentscheid mit 68 Prozent gewonnen.

In Horb-Ahldorf strebt die BI ebenfalls einen Bürgerentscheid an, um das geplante Gewerbegebiet mit 25 Hektar zu verhindern. Ihr Problem gleicht dem in Rottenburg: Die Kommune ist in zahlreiche Teilgemeinden zersplittert, die Verwaltung nutzt dies aus, um die Teilorte gegeneinander auszuspielen.

Gemeinsame streben die Bürgerinitiativen jetzt ein Treffen mit Landespolitikern an, um ihre drei zentralen Forderungen vorzutragen:

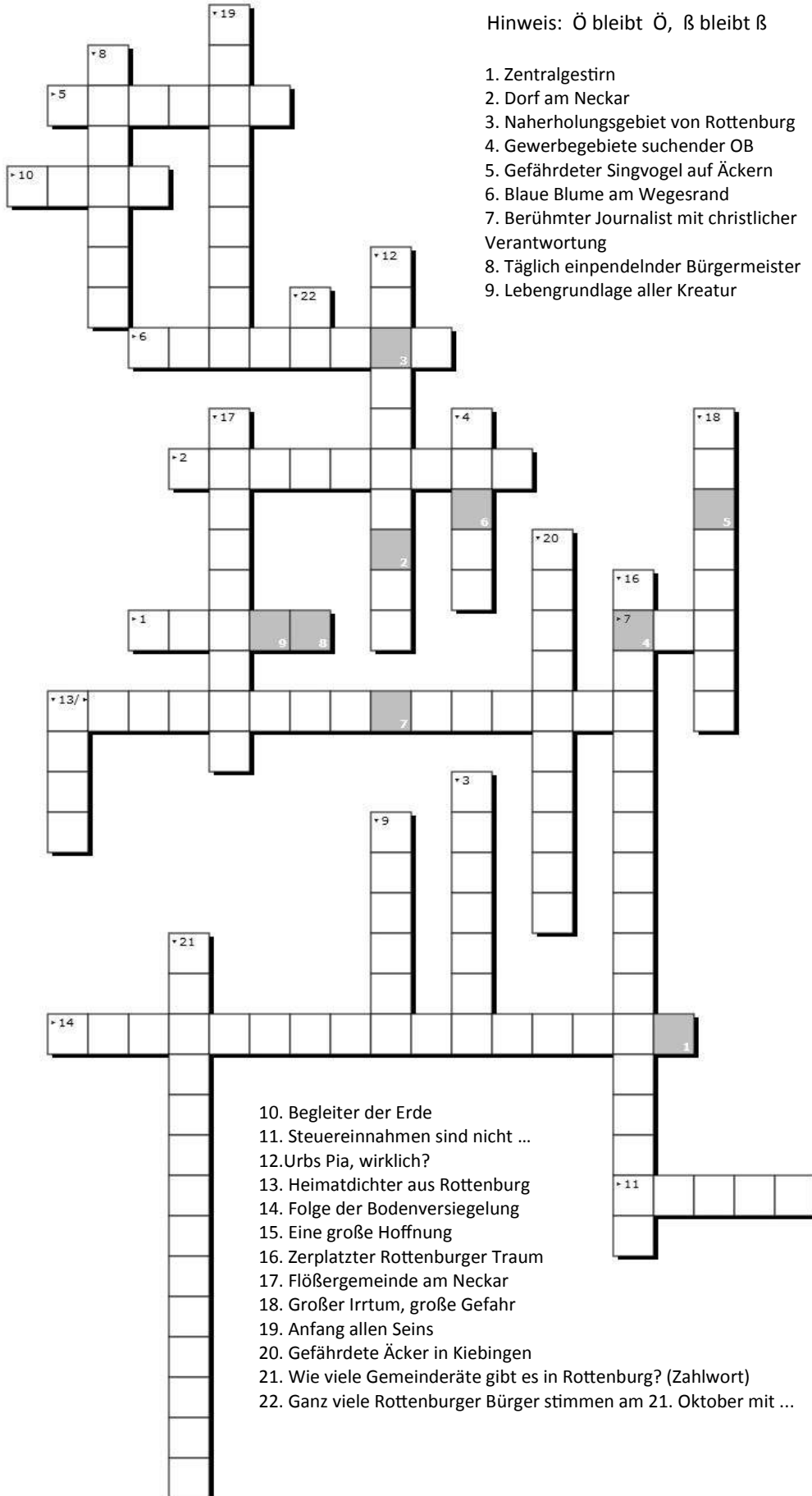
- eine Begrenzung des Flächenverbrauchs
- Wohn- und Lebensqualität müssen erhalten bleiben
- Bürger müssen entscheidend bei der Kommunalplanung mitbestimmen.

An diesem hoffnungsvollen Auftakt der Vernetzung werden beim nächsten Treffen auch die Bürgerinitiativen auf den Fildern teilnehmen.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Rottenburger Umwelt-Rätsel

Hinweis: Ö bleibt Ö, ß bleibt ß



1. Zentralgestirn
2. Dorf am Neckar
3. Naherholungsgebiet von Rottenburg
4. Gewerbegebiete suchender OB
5. Gefährdeter Singvogel auf Äckern
6. Blaue Blume am Wegesrand
7. Berühmter Journalist mit christlicher Verantwortung
8. Täglich einpendelnder Bürgermeister
9. Lebengrundlage aller Kreatur

10. Begleiter der Erde
11. Steuereinnahmen sind nicht ...
12. Urbs Pia, wirklich?
13. Heimatdichter aus Rottenburg
14. Folge der Bodenversiegelung
15. Eine große Hoffnung
16. Zerplatzter Rottenburger Traum
17. Flößergemeinde am Neckar
18. Großer Irrtum, große Gefahr
19. Anfang allen Seins
20. Gefährdete Äcker in Kiebingen
21. Wie viele Gemeinderäte gibt es in Rottenburg? (Zahlwort)
22. Ganz viele Rottenburger Bürger stimmen am 21. Oktober mit ...

Idee: Christian Hörburger

1 2 3 4 5 6 7 8 9

Lösung in der Ausgabe vom 20. Oktober 2018

Nun singen sie wieder!

Samstag, den 8. September 2018, 12 Uhr mittags, High Noon am Rathaus

Ein versprengtes Grüppchen der Stadtoberen im Schulterchluss mit gewählten Claqueuren wirbt im Rahmen des *Sommer-Nach(t)-Traum* für die Ausweisung neuer Gewerbegebiete u.a. in Kiebingen auf dem Galgenfeld.

Sie singen mit dem Rücken zum Rathaus das Hohe Lied der Versiegelung fruchtbarer Äcker in der Hoffnung auf neue (völlig ungewisse) Steuereinnahmen. Auf Teufel komm raus haben sie alles über Bord geworfen, was (christliche) Ethik, Moral und gesunder Menschenverstand eigentlich den Gewählten abverlangt: Bescheidenheit, maßvolles Handeln und Wirtschaften, um auch den nachkommenden Generationen noch eine intakte Umwelt hier und in Übersee hinterlassen zu können.

Die Kiebinger werden im Namen des Fortschritts bereits mit dem Bau der B 28 geprügelt und jetzt sollen sie als Dank für ihr bisheriges Stillhalten auch noch mit einem völlig kontraproduktiven und ökologisch verhängnisvollen neuen Gewerbegebiet in direkter Nach-

barschaft zum Rammert bestraft werden.



im Netz platzieren will, muss damit rechnen, dass sein Beitrag binnen Stunden wieder gelöscht wird. Das nennt man wohl gelebte Demokratie von oben – Hosanna!

Erstaunlich auch die aktuelle Plakat-Orgie der Stadtverwaltung. Da wird das Goldene Kalb des Wachstums und des Mehr-Weiter-Schneller-Höher mit blindem Eifer poliert und gefeiert. Ökologische Vernunft: Fehlanzeige,

Die Versiegler haben im Namen der Stadtverwaltung auf Facebook extra eine neue Seite eingerichtet, auf der ein fast schrankenloses Wachstum von Gewerbe und Industrie gefeiert wird. Wer einen Gegenkommentar

dafür obsiegt bei den Versiegler die schiere Panik, dass es mit der Zerstörung der Natur nicht schnell genug gehen kann.

Wer den langen kommunalen Weg der Naturzerstörung, gipfelnd in einem Gemeinderatsbeschluss vom 20. März 2018 genauer unter die Lupe nimmt, wird eine strategische Glanzleistung der Verwaltungsspitze attestieren müssen. Denn es ging nie um Diskussion und Abwägung der Umweltprobleme, sondern immer um das Faktenschaffen im Sinne einer brutalen Ökonomie, die Naturschutz allenfalls in Sonntagsreden als Pflichtübung feiert, ansonsten lacht man sich aber ins Fäustchen.

Franz Alt hat schon recht: **„Im Geist Jesu müssen nicht alle Umweltschützer Christen, aber alle Christen Umweltschützer sein.“**

Dr. Christian Hörburger, Gemeinderat
Rottenburg - Obernau

Schulcampus Kreuzerfeld

Rathaus-Runde 34 - DIE LINKE - 9. August 2018

„Dringenden Handlungsbedarf“ sieht Hartmut Schänzlin, Rektor der Kreuzerfeld-Realschule, zusammen mit dem Elternbeirat, dem Lehrerkollegium und Eltern-Arbeitskreisen in einem Brief an alle Ratsfraktionen.

2007 bekamen Grund- und Realschule für ihren Ganztagsbetrieb Investitionen vom Land. Durch die hohen Schülerzahlen an der Grundschule können die Klassen 5 und 6 ihn erst ab 13.15 Uhr aufsuchen, obwohl der Unterricht eine Stunde vorher aufhört. Die Kinder weichen auf den Netto-Markt aus – eine gesunde Ernährung und das Ganztagskonzept stehen in Frage.

Die 40 Jahre alte Sporthalle ist in „völlig desolatem Zustand“, wie die Stadt zugeben muss. Trotzdem will sie mit der Planung für einen Neubau auf der anderen Straßenseite bis 2023-28 warten! Die Sporthalle wird auch von Vereinen aus Weiler benutzt, weil dort keine eigene Halle existiert. Und: Vom Neubau der Halle hängt die notwendige Planung eines vergrößerten Schulcampus Kreuzerfeld ab, weil die Erweiterung den Platz der alten Halle benötigt. Über die Hälfte der SchülerInnen der Realschule kommen aus den

Teilorten. Tendenz steigend.

Wie schon bei der verfehlten und verschleppten Kita-Planung auf dem Kreuzerfeld verschläft die Stadt die Entwicklung der sozialen Infrastruktur. Im Juli diesen Jahres gab es dort über 140 Kinder bis sechs Jahren und über 220 Kinder zwischen 7 und 18 Jahren. Sie wachsen jetzt auf, zu ihrer gesunden Entwicklung gehören Sport und moderne Klassenräume fürs Lernen – nicht erst in zehn Jahren!

Bürgermeister Bednarz hält die Finanzplanung für „völlig ausgereizt“. Der Kreistag hat einen sehr günstigen 10-Millionen-Kredit bewilligt, auch zugunsten der Berufsschulen. Unser Hallenkonzept muss sich den Pflichtaufgaben der Stadt und den Bedürfnissen ihrer Nutzer – also der Kinder und der Sportler – anpassen. Sonst lädt diese Finanzpolitik den hohen Investitionsstau in unserer Stadt künftigen Generationen auf.

Und noch etwas: Gehen Sie bitte am 21. Oktober zum Bürgerentscheid. – Stimmen Sie mit **Ja!**

Dr. Emanuel Peter, DIE LINKE

Inklusion von Schulkindern mit Handicaps? – Pustekuchen!

Brandbrief des EBG an Stadt und Gemeinderat

Im August haben Schulleitung, Elternbeirat und Schülermitverantwortung (SMV) des Eugen-Bolz-Gymnasiums (EBG) einen Brief an die Rathauspitze und den Gemeinderat geschrieben. Seit Jahren wird der notwendige Aufzug für den Altbau immer wieder verschleppt, obwohl ein Lehrer Rollstuhlfahrer ist und Schülerinnen aufgrund von Behinderungen es nicht über Treppen in den dritten Stock schaffen.

Diesen Aufzug fordern Schulleitung und Elternbeirat des EBG, damit sie für ihre Kinder eine Wahlmöglichkeit (neun-jähriges Gymnasium) haben. OB Neher lehnte den von der **LINKEN** unterstützten Antrag des EBG im Gemeinderat ab: In der Kernstadt werde schon so viel investiert, aus „Proporzgründen“ könne der notwendige Umbau erst 2022 realisiert werden. Aus Reihen der Jungen Alternativen klang es zynisch: Schließlich könnten

die MitschülerInnen ja auch mal einen Elektrorollstuhl ins Obergeschoss tragen.

Die fehlende Barrierefreiheit am EBG wirft ein bezeichnendes lokales Licht

EUGEN-BOLZ-GYMNASIUM

darauf, warum in der neuesten Bertelsmann-Studie Rückschritte in der Inklusion besonders in **Baden-Württemberg**, Bayern und Rheinland-Pfalz festgestellt werden. Dabei hat Deutschland vor zehn Jahren die UN-Behindertenkonvention unterzeichnet und sich verpflichtet, allen Kindern Zugang zu allgemeinbildenden Schulen zu ermöglichen.

Doch Realität ist, dass die grün-schwarze Landesregierung nicht einmal mehr das Ziel verfolgt, für Klassen mit Kindern mit einem Handicap zwei Pädagogen für den Unterricht zur Verfügung zu stellen. Nur eine Sonderpädagogin ist für eine Stunde pro Woche

und Kind anwesend – ein Armutszeugnis.

Doro Moritz (GEW-Vorsitzende) sieht deshalb die Inklusion vor dem Scheitern und fordert eine sofortige Erhöhung der Studienplätze für Sonderpädagogen und eine berufs begleitende Weiterqualifizierung für Lehrkräfte, die diesen Weg einschlagen möchten. Die Reaktion von Kultusministerin Eisenmann (CDU): „**Ich kann mir keine Lehrer backen.**“ (SWP, 1.9.2018) Und das, nachdem sie im Juli 3.300 befristet angestellte Lehrkräfte in die Arbeitslosigkeit geschickt hatte, um zu sparen!

DIE LINKE wird bei den nächsten Haushaltsberatungen die Anträge des EBG unterstützen und sich gegen eine weitere Verschleppung „aus Proporzgründen“ wenden.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Veranstaltungshinweis

Aktionsbündnis Rottenburg/ Kiebingen
„Kein Gewerbegebiet Galgenfeld“

Wir laden ein:

Podiumsdiskussion mit OB Neher und Vertretern des Aktionsbündnisses

Dienstag, 2. Oktober 2018, 19.00 Uhr in der Festhalle Rottenburg

Erntedankgottesdienst auf dem Galgenfeld

am Schadenweiler Wegle zwischen
Rottenburg und Kiebingen

Sonntag, 7. Oktober 2018, Uhrzeit wird noch bekanntgegeben.



beim Bürgerentscheid am 21. Oktober !

Das Aktionsbündnis lädt ein:

Vortrag des Wachstumskritikers

Prof. Dr. Niko Paech
Universität Siegen

"Das Wachstumsdogma hat sich überlebt!"

Niko Paech kämpft seit vielen Jahren gegen den dogmatischen Mainstream der Volkswirtschaft, und plädiert für eine Wirtschaft ohne Wachstumszwang.

Mittwoch, den 19.09.2018
um 20 Uhr
in der Zehntscheuer
Rottenburg am Neckar

Veranstaltungshinweis

Wir. Dienen. Deutschland.

Besserung durch eine Dienstpflicht?

Die Generalsekretärin der CDU hatte ein ideales Sommerlochthema gefunden: eine Dienstpflicht für alle. Viele sind potenziell davon betroffen - Männer, Frauen, Eltern, Freunde. Es war ein Thema, das nicht nur eine kleine Gruppe beschäftigen sollte. Nur wenige konnten sich nicht angesprochen fühlen.

Schnell waren die Befürworter einer Dienstpflicht zur Stelle. Sie fanden es toll, dass endlich Männer wie Frauen zu einem Dienst verpflichtet werden sollten. Viele Probleme könnten so gelöst werden. Endlich könnten die Lücken in den sozialen Diensten durch eine Zwangsverpflichtung gefüllt werden und manch einer könnte sich auch wieder zum Wehrdienst bereit erklären.

Wenig begehrte Arbeitsplätze, sei es wegen der miserablen Arbeitsbedingungen oder der ausbeuterischen Bezahlung, könnten besetzt werden. Endlich wäre institutionalisierte Lohnrückerei möglich.

Aber auch weniger materielle Gründe zur Einführung einer Dienstpflicht wurden angeführt. Der Einblick in die Lebensumstände anderer Leute könnte der Gesellschaft, vor allem den egoistischen Jugendlichen, nur gut tun. Sie könnten Bereiche kennen lernen, die ihnen sonst verschlossen blieben. Das Auseinanderfallen der Gesellschaft könnte gebremst werden. Verständnis für andere Schich-

ten könnten entstehen und gesellschaftlicher Zusammenhalt entstünde.

Diesen ganzen Argumenten liegt ein gewaltiger Irrtum zugrunde: Solidarität, Einfühlungsvermögen, Mitmenschlichkeit könne durch eine Verpflichtung, durch Zwang, erreicht werden. Zu Gemeinsinn kann nicht verpflichtet werden. Erzwungene Solidarität ist ein Widerspruch in sich. Die erzwungenen Pflichtübungen des Kindes am Klavier haben selten einen großen Pianisten hervorgebracht. Und sind sie bitte ehrlich: Wollen Sie von einem unwilligen Dienstpflichtigen gepflegt werden?

Sollte die ganze Dienstpflichtdiskussion mehr sein als ein Versuchsballon, um auszutesten, ob nicht über eine allgemeine Dienstpflicht wieder die Wehrpflicht eingeführt werden könne? Dies wurde schnell von der Vize-Regierungssprecherin Ulrike Demmer in Abrede gestellt und auch das Verteidigungsministerium betonte, dass es nicht um eine Rückkehr zur Wehrpflicht gehe. Schnell kann etwas dementiert werden, was aber nicht bedeutet, dass nicht doch eine ganz andere Absicht dahinter stand.

Es musste erstaunen, dass bei der Diskussion um eine Dienstpflicht die ganze Problematik der Dienstgerechtigkeit (früher „Wehrgerechtigkeit“) außen vor gelassen wurde. Die Aussetzung der Wehrpflicht 2011 war nicht zuletzt auf die Wehrgerechtigkeit zurückzuführen.

Natürlich muss niemand an der Waffe Dienst tun und es muss auch kein „Ersatzdienst“ in Form eines Zivildienstes organisiert werden. Aber was macht man mit Personen, die der Dienstpflicht nicht nachkommen? Steckt man diese „Totalverweigerer“ für die Dauer des Dienstes ins Gefängnis? Was macht man mit denjenigen, die allein aus körperlichen Gründen keinen Dienst leisten können? Was mit denen, die einfach keine Lust zum Dienen haben? Es schien als habe man die alten Probleme vergessen oder zumindest verdrängt und nichts gelernt.

Lange hielt sich das Thema nicht in den Medien. Zu unausgegoren waren die Begründungen, zu stichhaltig die Ablehnung, ganz abgesehen von der Klärung der rechtlichen Frage, ob denn ein solcher Dienst überhaupt einführbar ist.

In den freiwilligen Diensten arbeiten engagiert Hunderttausende junger Menschen. Sie brauchen keine Dienstpflicht und diejenigen, die sich nicht engagieren möchten, werden durch die Dienstpflicht auch nicht „gebessert“.

Wie wäre es, wenn diejenigen, die auf die Idee der Dienstpflicht gekommen sind, Zusammenhalt, Sachlichkeit und Toleranz und weniger Egoismus vorleben würden?

Norbert Kern, Wendelsheim

Klagen gegen das bayrische Polizeiaufgabengesetz

In unserer Ausgabe vom Juni 2018 schrieben wir unter der Überschrift „Sie - ja Sie! - sind eine drohende Gefahr“ über das bayrische Polizeiaufgabengesetz (PAG) und deuteten an, dass gegen dieses Gesetz geklagt werden könnte. Jetzt ist es soweit. DIE LINKE, FDP, Grüne und SPD klagen.

Es wird auf zwei Ebenen gegen das Gesetz geklagt. Die Bundestagsfraktionen der Linken, FDP, und Grüne klagen vor dem Bundesverfassungsge-

richt in Form einer abstrakten Normenkontrolle. Im Rahmen der abstrakten Normenkontrolle wird überprüft, ob

Bundes- oder Landesrecht mit dem Grundgesetz oder Landesrecht mit sonstigem Bundesrecht vereinbar ist. Antragsberechtigt sind nur die Bundesregierung, eine der Landesregierungen oder ein Viertel der Mitglieder des Bundestages. Um diese 25 Prozent zu erreichen, mussten sich die drei Fraktionen zusammentun. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz betonte Dietmar

Bartsch (**DIE LINKE**), dass es aus seiner Sicht um die Auseinandersetzung zwischen einem Rechtsstaat und einem Willkürstaat gehe. Das Gesetz senke die Schwelle für Eingriffe in Grundrechte ab. Die Polizei erhalte eine Kontrollkompetenz, wie es das seit 1945 nicht mehr gegeben habe. (SZ 11. Sept. 2018)

Die Grünen in Bayern klagen gegen das PAG vor dem **Bayrischen Verfassungsgerichtshof** ebenso wie die SPD.

(Ke)

NACHTRAG

Eine Stadt zum Träumen

Gewerbegebiete wozu?

Vorsicht! Schpässle!

Panik greift um sich! Dem idyllischen, aber noch umtriebigen, Rottenburg am Neckar droht der Tod durch Erschlafen. So zumindest orakeln einige Kenner der Gewerbeszene.

Befürworter und Gegner eines von der Verwaltung ins Auge gefassten und von willfähigen Räten der Stadt ebenso befürworteten Gewerbegebiets argumentieren wortgewaltig, um ihre jeweiligen Ziele zu erreichen. Halm um Halm, potenzieller Arbeitsplatz um potenzieller Arbeitsplatz wird gerungen, so als drohe der Galgen auf dem Felde nahe des Rammerts. Leserbriefspalte um Leserbriefspalte wird gefüllt, so als brächte das Gewicht der Buchstaben die Entscheidung beim Bürgerentscheid am 21. Oktober anno 2018.

In einem der Leserbrief tauchte kürzlich ein Argument auf, das auch den Denkfaulen zum Nachdenken zwang. Lapidar vermutete der Schreiber, Rottenburg werde seine Gewerbe verlieren und zur Schlafstadt mutieren. Ich machte mir so meine Gedanken. - Warum keine Schlafstadt?

Wer abfällig von Schlafstadt daherpplappert, hat wenig Ahnung von der Bedeutung des Schlafes für unser Wohlbefinden und man mag nur hoffen, dass der Schreiber nicht im Hinterkopf „verschlafene Stadt“ meinte. Sich vorzustellen, dass noch mehr Auspendler allmorgendlich die Stadt fluchtartig verlassen, um andernorts ihre Arbeitskraft anzudienen, muss nur auf den ersten Blick erschrecken und deprimieren. Aber bei ein wenig Nachdenken, kann man der Vorstellung einer Schlafstadt Rottenburg nur Positives abgewinnen.

Eine Stadt zum Schlafen

Gewiss wird der WTG (Wirtschaft Tourismus Gastronomie) ein träumerischer Slogan für die Schlafstadt einfallen, sodass Heerscharen von schlafsuchenden Touristen herbeiradeln und in die bereit stehenden Betten fallen werden. „Rottenburg, die Verträumte“, „Rottenburg, die Träumerische“ fallen einem sofort ein. Von „Rottenburg, die

Verschnarchte“ sollte man jedoch Abstand nehmen.

Die geografische Lage Rottenburg erzwingt es, die Stadt - zumindest die Kernstadt - zu einer Schlafstadt zu machen. Kein Rauschen der Autobahn, keine Fluglärm - außer bei Absprungübung amerikanischer Fallschirmspringer - stört die Ruhe. Säuselnde Rammertbäume und plätschernde Neckarwellen geleiten in den Schlaf. Rottenburg - ein Schlafkurort, beschaulich, besinnlich, verträumt ... Stadt der Stille ... Stadt der Besinnung ... Warum also keine Schlafstadt?

Rottenburg ist sehr stolz auf das Label „Fair-trade-Stadt“ und warum sollte sich mit „Sleep-well-Stadt“ nicht auch das Image aufbessern lassen? Oder mit

zustreben außerhalb der Mauern Rottenburgs. Warum also keine Schlafstadt?

Minimierter Flächenverbrauch

Die Gegner eines Gewerbegebiets jammern immer über den Flächenverbrauch. Auch ihnen kommt die Entwicklung zur Schlafstadt entgegen. Die Schlafstadt lässt sich sehr gut mit einer verdichteten Bauweise verbinden. Stockbetten ggf. etwas höhere Räume - so wie wir sie aus schönen städtischen Altbauten kennen - erlauben die Unterbringung von 6 Personen (schlafend) locker auf 4 Quadratmetern, wobei eine üppige Bettbreite von 100 cm zu Grunde gelegt wird und eine Bettlänge von immerhin 200 cm. Doppelbelegung erhöht die Effizienz der Platzersparnis. Der Flächenverbrauch gegenüber einer Gewerbeansiedlung ist somit minimalst. Der Platzbedarf für einen Arbeitsplatz übersteigt den Platzbedarf für einen Schlafplatz um das Mehrfache. Beim Dienstleistungssektor könnte es etwas weniger sein,

denn Schreibtisch und Bürostuhl nehmen weniger Platz als ein Maschinenpark ein.

Wichtig ist, dass sich nicht heimlich Fremdschläfer einschleichen, denn nur der Schläfer mit Hauptwohnsitz leistet einen Beitrag zur städtischen Haushaltskasse und um die geht es ja bei der ganzen Auseinandersetzung um Gewerbegebiete ja oder nein. Finanzzuweisungen sind eben leider an den Hauptschlafplatz gebunden.

Ach - noch etwas: Sie kennen doch auch den Spruch „Darüber sollte man noch einmal schlafen“, denn bessere Lösungen kommen einem im Schlaf. Wahrscheinlich litt die Stadtverwaltung und ein Teil der Gemeinderäte unter Schlafentzug vor ihrer Entscheidung pro Galgenfeld.

Wem die Bezeichnung „Schlafstadt“ zu negativ ist, kann ja immer für sich „Schlummerstädtle“ lesen und „Guats Nächtle“ dazu denken. - In diesem Sinne: Träumen Sie süß!

Norbert Kern, Wendelsheim



Schlafstadt
Rottenburg
am Neckar

„Silent-City“? Viele Menschen haben Probleme mit dem Schlafen. Ihnen Linderung zu versprechen, könnte sich wohltuend auf ihr Wohlbefinden auswirken. Dank der vielen Übernachtungen und eingenommener Mahlzeiten wird schließlich auch das Stadtsäckel bauchiger werden und der Kämmerer wird frohlocken und verschmerzen, dass anderswo wegen der Rottenburger Auspendler die Gemeindekassen klingeln.

Anknüpfend an die römische Geschichte der Stadt könnte auch der Beiname „urbs dormiens“ (oder so ähnlich) den Bruch mit der Vergangenheit übertünchen, in der eben Rottenburg keine Schlafstadt gewesen war.

Eine Stadt, die sich dem Schlaf widmet, dürfte auch einer Bischofsstadt gut zu Gesichte stehen. Den Tag mit einem Gute-Nacht-Gebet zu beschließen, frommt dem Gläubigen. Und wir wissen ja alle: Wer schläft, sündigt nicht! Wenn ihn dann am frühen Morgen das Läuten der Domglocken erweckt haben, kann der ausgeruhte Pendler frohgemut seinem Arbeitsplatz



*Im Geist Jesu müssen
nicht alle Umweltschützer
Christen, aber alle
Christen Umweltschützer
sein.*

Franz Alt, Schriftsteller und Fernsehmoderator

**Gehen Sie am 21. Oktober
zum Bürgerentscheid!**

Stimmen Sie mit
der Umwelt und
Gewerbeentwick-



für den Schutz der Natur und
für eine verantwortungsvolle
lung mit Augenmaß.

**Bitte beachten Sie die Veranstaltungs-
hinweise auf den Seiten 4 und 9 !**

Termine:

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpatz

Samstag, 15. September 2018, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunaler Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Mittwoch, 3. Oktober 2018, 19.30 Uhr Gaststätte Engel, Königstraße 7, 1. Stock

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpatz

Samstag, 20. Oktober 2018, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunaler Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Mittwoch, 24. Oktober 2018, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7, 1. Stock

Kontakt zu **linksjugend rothenburg:**

facebook.com/solid-rothenburg-a.N.

E-Mail: rothenburg@linksjugend-solid-bw.de

Redaktionsschluss für die Oktober-Ausgabe: **Freitag, 12. Oktober 2018**

DIE LINKE.
Neues aus dem Neckartal

Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an

Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)

Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg

Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion und Drumherum

Norbert Kern (Ke), 72108 Rottenburg - Wendelsheim, Kornbühlstraße 75



V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg
Eichendorffstr. 49

